

Kassel, 22.02.2010

## **Beschluss der Stadtverordnetenversammlung**

### **Resolution: Organisation der Grundsicherung für Arbeitsuchende**

Antrag der CDU-Fraktion

- 101.16.1626 -

### **Antrag**

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Wir begrüßen die von der Bundesregierung angestrebte und im Bundestag fraktionsübergreifend geforderte Grundgesetzänderung zur Organisation der Grundsicherung für Arbeitsuchende. Wir erwarten die Schaffung eines rechtssicheren Rahmens für eine optimale Betreuung der Arbeitsuchenden und ihrer Familien vor Ort. Oberstes Ziel muss weiterhin die Integration in Arbeit und die Unabhängigkeit von staatlicher Leistung sein. Wir treten dafür ein, dass in Kassel die optimalen Hilfen der Arbeitsförderung weiterhin aus einer Hand angeboten werden können. Wir fordern alle Verantwortlichen in Bund und Ländern parteiübergreifend dazu auf, ein rasches Verfahren zu ermöglichen und schnell zu einer einvernehmlichen Lösung zu kommen. Die Arbeitsuchenden und die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Verwaltungen haben ein Recht auf Klarheit und Sicherheit.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei

Zustimmung: SPD, CDU, B90/Grüne, FDP, Stadtverordneter Häfner

Ablehnung: Kasseler Linke.ASG, Stadtverordnete Yildirim

Enthaltung: --

den

### **Beschluss**

Dem Antrag der CDU-Fraktion betr. Resolution: Organisation der Grundsicherung für Arbeitsuchende, 101.16.1626, wird **zugestimmt**.

Hendrik Jordan  
Stadtverordnetenvorsteher

Heidi Woelk  
Schriftführerin